

Die Entwestlichung der Welt – und die Reaktion der politischen Klasse auf ihren Abstieg

Gramsci-Tage 2025 Braunschweig

Key Note: Peter Wahl

Inhalt:

- 1. Zur politischen Ökonomie der Entwestlichung**
- 2. Militarisierung als Teil der Krisenbewältigung**
- 3. Die Folgen für Wirtschaft, Soziales , Demokratie**
- 4. Gegenpositionen**

1.

Zur politischen Ökonomie der Entwestlichung

BIP der 15 größten Volkswirtschaften - in Wechselkurs- & Kaufkraftparität 2024

(in Billionen USD, lfd. Preise)

in Wechselkursparität				in Kaufkraftparität		
1	USA	29.18		1	China	38.15
2	China	18.75		2	USA	29.18
3	Deutschland	4.66		3	Indien	16.19
4	Japan	4.03		4	Russland	6.90
5	Indien	3.90		5	Japan	6.53
6	Großbritannien	3.64		6	Deutschland	6,00
7	Frankreich	3.16		7	Brasilien	4.73
8	Italien	2.37		8	Indonesien	4.67
9	Kanada	2.24		9	Frankreich	4.36
10	Brasilien	2.17		10	Großbritannien	4.29
11	Russland	2.16		11	Italien	3.61
12	Korea Rep	1.87		12	Türkei	3.46
13	Mexiko	1.85		13	Mexiko	3.32
14	Australien	1.80		14	Korea Rep.	3.24
15	Indonesien	1.46		15	Kanada	2.62

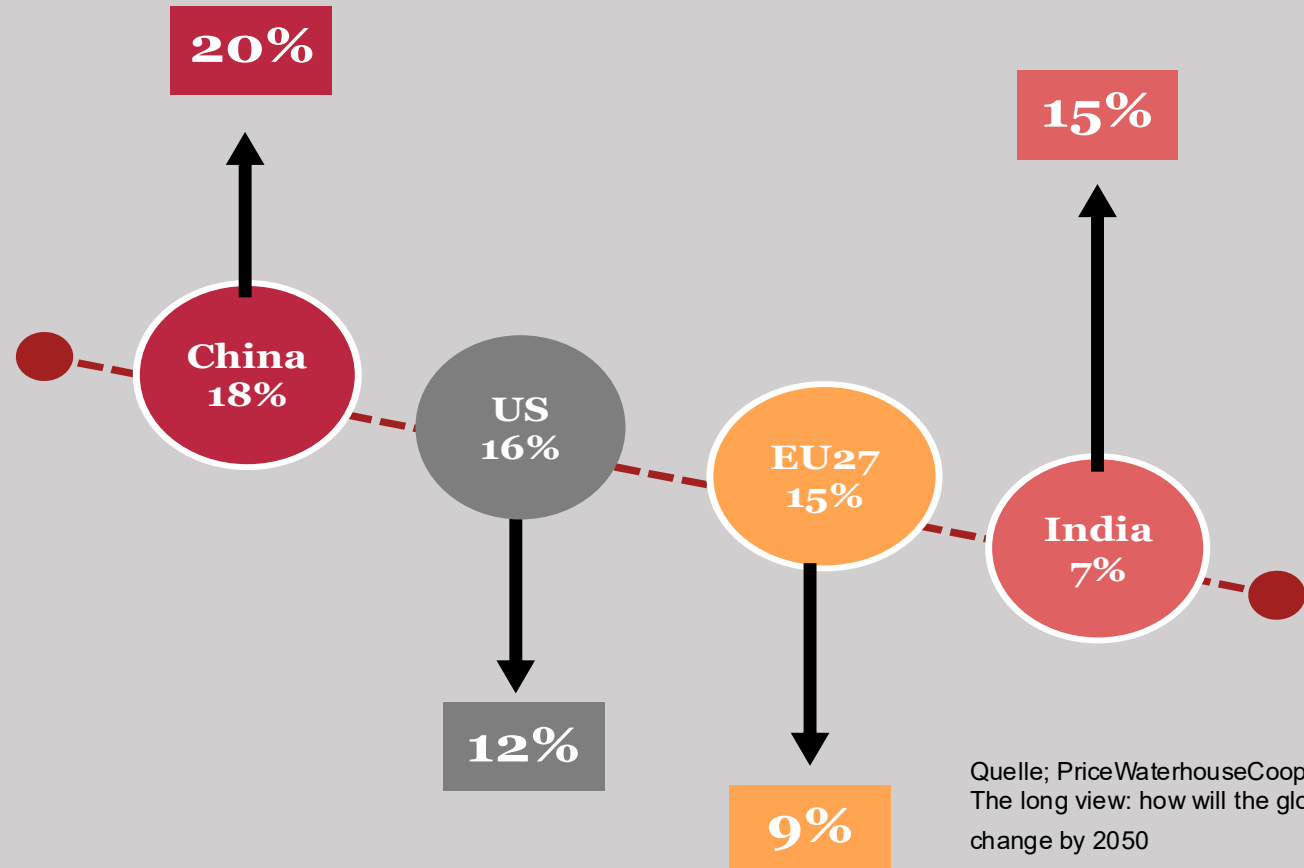
Quelle: IWF

Ökonomische Kräfteverhältnisse

Langfristiger Anteil am globalen BIP 1980 - 2050 (in KKP)

1980 betrug der Anteil der EWG („Europa der Sechs“) am globalen BIP in PPP 27,5%.

2023 betrug er (in PPP) 14,7%!



Quelle; PriceWaterhouseCooper (2017)
The long view: how will the global economic order change by 2050

Ökonomische Strukturkrise der EU

„This is an existential challenge“ Draghi Report

„Never in the past has the scale of our countries appeared so small and inadequate relative to the size of the challenges.“ *ibid.*

„The only way to become more productive is for Europe to radically change.“ *ibid.*

“If Europe can no longer provide them [well being, democracy] to its people – or has to trade off one against the other – it will have lost its reason for being.“ *Ibid.*

„Es ist eine Tatsache, dass Europa abgehängt ist.“

Christine Lagarde

Dekarbonisierung

**Produktivkraft-
Revolution
KI
Digitalisierung**



**innenpolitische
Instabilität
Krise der
Demokratie**

**Geopolitik:
Konflikt mit
Russland/China
Bruch mit USA**

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

im Sturm
Sinkende Gewinne, weniger Investitionen, Stellenabbau: Die Trendwende hin zu mehr Wachstum lässt auf sich warten. Für den Kanzler und seine Wirtschaftsministerin wird das zunehmend zu einem Problem.
Von Julia Löhr, Berlin

Von Julia Löhr, Berlin

[illegible]

Ob Volkswagen oder Daimler, Bosch oder Thyssenkrupp: Aus der Wirtschaft kommen derzeit heinabe täglich schlechte Nachrichten. Viele Unternehmen rund um in großer Zahl Stellen ab. Rund 150.000 Arbeitsplätze sind laut der Bun-

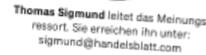
Beispiel Stuttgart

Nicht nur beim Bund klappt ein Loch im Haushaltsbeutel, auch in einst reichen Städten ist die Lage angespannt. Die Einnahmen sinken stetig und die großen Städte wie Stuttgart

Tagesschau online 27.11. Einnahmen sinken stetig und die

Minister auf Roadshow

Internationale Investoren haben das Vertrauen in Deutschland verloren.



Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) und Wirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) reisen derzeit um die halbe Welt, um Kapital für den Standort Deutschland zu mobilisieren. In Singapur, Shanghai, Katar und den Emiraten werben sie mit dem Investitionsbeauftragten Martin Blessing für ihr Land. Die Investoren dürften freundlich zuhören, doch längst sind andere Nationen für ihr Kapital interessanter. Denn Deutschland kündigt seit Jahren Reformen an, liefert aber zu selten. Es besteht daher die Gefahr, dass die Charmeooffensive der Minister verpufft.

Dabei waren Europas Chancen im Frühjahr noch groß. Die Unsicherheiten der ersten Trump-Monate, die wirre Zolpolitik, all das hat Investitionen in Europa und auch in Deutschland plötzlich attraktiv erscheinen lassen. Doch diese Aufbruchsstimmung ist verfliegen – und hat sich sogar ins Gegenteil verkehrt. Siemens-Chef Roland Busch formulierte die Ernüchterung jüngst drastisch. Auf die Frage, ob Siemens heute noch einmal in Deutschland gegründet würde, antwortete er knapp: „Vermutlich in den USA.“

Zu langsam, zu schwerfällig sei Europa, wenn es um Digitalisierung und neue Technologien gehe. Ähnliches schrieb der frühere EU-Kommissar Thierry Breton in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt. Er warnte, dass Europa bei der Regulierung von Künstlicher Intelligenz und Cloud-Technologie zum „nützlichen Idioten“ der USA zu werden drohe.

Eine deutsche Regierung kommt hinzu, die die Erwartungen mit Blick auf Wachstum und Innovationen bislang verfehlt hat. Am guten Willen von Klingbeil, Reiche und Blessing zweifelt kaum jemand. Doch Investoren schauen auf Steuersätze, Bürokratie, Arbeitskosten und Energiepreise. Geldgeber hat-

ten auf Friedrich Merz (CDU) gesetzt, einen Mann der Wirtschaft. Mit der Investorenkonferenz vor dem Sommer hatte der Kanzler tatsächlich ein starkes Signal gesendet. Jetzt ist die Zeit gekommen zu liefern – doch stattdessen streitet die Koalition über die Rente.

Die Details werden Investoren herzlich wenig interessieren. Sie sehen lediglich, dass die Regierung erneut in ernsthafte Schwierigkeiten gerät. Während Klingbeil und Reiche um Vertrauen werben, wäre es angesichts der Chaostage in Berlin kein Wunder, wenn internationale Geldgeber die Frage stellen, ob die Regierung in ihrer heutigen Form überhaupt bis zum nächsten Jahr hält.

Merz sah sich sogar gezwungen, öffentlich Spekulationen über eine mögliche Minderheitsregierung zurückzuweisen – und beruhigte damit kaum. Investoren lassen sich am Ende vor allem durch gute Bedingungen am Standort und politische Stabilität beruhigen. Investoren warten nicht auf Merz, Klingbeil und Reiche. Sie entscheiden allein, wohin sie ihr Kapital lenken. Deutschland verliert dabei an Bedeutung.

Die deutsche Industrie tut sich im internationalen Geschäft zunehmend schwer. Gleichzeitig erfreuen sich Unternehmen, die den Außenhandel praktisch abwickeln, bester Geschäfte. Die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) und die Großreederei Hapag-Lloyd haben gute Zahlen für 1997.

Tagesschau Online, 13.11.

Außenhandel: Das Ende der deutschen Exportnation?

5 18:46 Uhr

Obwohl die Gütermenge von in Deutschland ansässigen Logistikern zunimmt, steht es schlecht um den deutschen Außenhandel. Besonders die chinesische Stärke und US-amerikanische Zölle machen zu schaffen.

Tagesschau Online, 13.11.

Außenhandel: Das Ende der deutschen Exportnation?

5 18:46 Uhr

Oh

Obwohl die Gütermenge von in Deutschland ansässigen Logistikern zunimmt, steht es schlecht um den deutschen Außenhandel. Besonders die chinesische Stärke und US-amerikanische Zölle machen zu schaffen.

Deutscher Problemknoten

- Energiewende trifft zentrale Stütze der dt. Wirtschaft: Autoindustrie
- China überholt bei E-Mobilität u.a. Klimatechnologien
- Rückstand gegenüber USA & China bei Digitalisierung, KI
- Maschinenbau u.ä. Technologien des 20 Jhdts. ohne disruptives Potential
- Aber auch da liegt China vorn
- US-Konkurrenz - Zollpolitik Trumps, Abhängigkeit von US- Big Five
- Abkopplung von russischem Gas = nicht wettbewerbsfähige Energiepreise
- Rückwirkungen der Sanktionen
- Strukturprobleme: Altersstruktur, Fachkräftemangel, Verfall d. Infrastruktur
- Politische Instabilität, gesellschaftliche Polarisierung

Geopolitischer Abstieg

1. Der ukrainische Stellvertreter verliert Krieg
2. Sanktionen ohne großen Einfluss auf russische Kriegführung
3. Ohne USA Fortsetzung des Krieges aussichtslos
4. Koalition d. Willigen mit Hardlinerkurs international isoliert
5. Wg. Gaza und Angriffe auf Iran moralisch desavouiert
6. In Nahost als Akteur marginalisiert
7. Interne Differenzen nehmen zu – Ungarn, Slowakei, Italien u.a.



Loser der weltpolitischen Umbrüche

2.

**Militarisierung
als Teil der Krisenbewältigung**

Nicht erst seit dem 24.2.2022

„Das Europäische Parlament [...] betont, dass die EU ihre Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten stärken muss, da sie ihr volles Potenzial als Weltmacht nur nutzen kann, wenn sie ihre einzigartige ‚Soft Power‘ im Rahmen eines umfassenden EU-Ansatzes mit ‚Hard Power‘ kombiniert“.

EP Resolution vom 14.12.2016)

„Europa muss auch die ‚Sprache der Macht‘ lernen.“

Ursula Von der Leyen; Rede Berlin 10.11.2019.

„Europa muss ein Empire werden, ich rede von einem friedlichen Empire, das ein Rechtsstaat ist. Ich benutze den Begriff, um das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass es in der Welt von morgen um Macht gehen wird. ...

Europa darf nicht länger davor zurückschrecken, seine Macht auszuspielen und ein Empire des Friedens zu sein.“

Bruno Le Maire, frz. Finanzminister; Interview Handelsblatt, 11.11.20218

***„Wir werden
auf unsere
gesamte Politik
durch die Brille
der Sicherheitspolitik
sehen.“***

Ursula von der Leyen



Dimensionen von Militarisierung

- **Aufrüstung bei militärischer Hardware**
- **Aufbau eines Militärisch-Industrieller Komplex**
- **Unterordnung Infrastruktur unter militärische Interessen**
- **Sog. Zivilschutz, u.a. Unterordnung Gesundheitswesen**
- **Ideologische Apparate, kognitive und psychologische Kriegführung, Bildungswesen**
- **Demokratieabbau**
- **Mentale Militarisierung, u.a. per Überlegenheitsideologie**

Ziel: Rüstungsausgaben 2035 = 5% von BIP davon 3,5% direkt militärisch, 1,5% militärisch nutzbare Infrastruktur

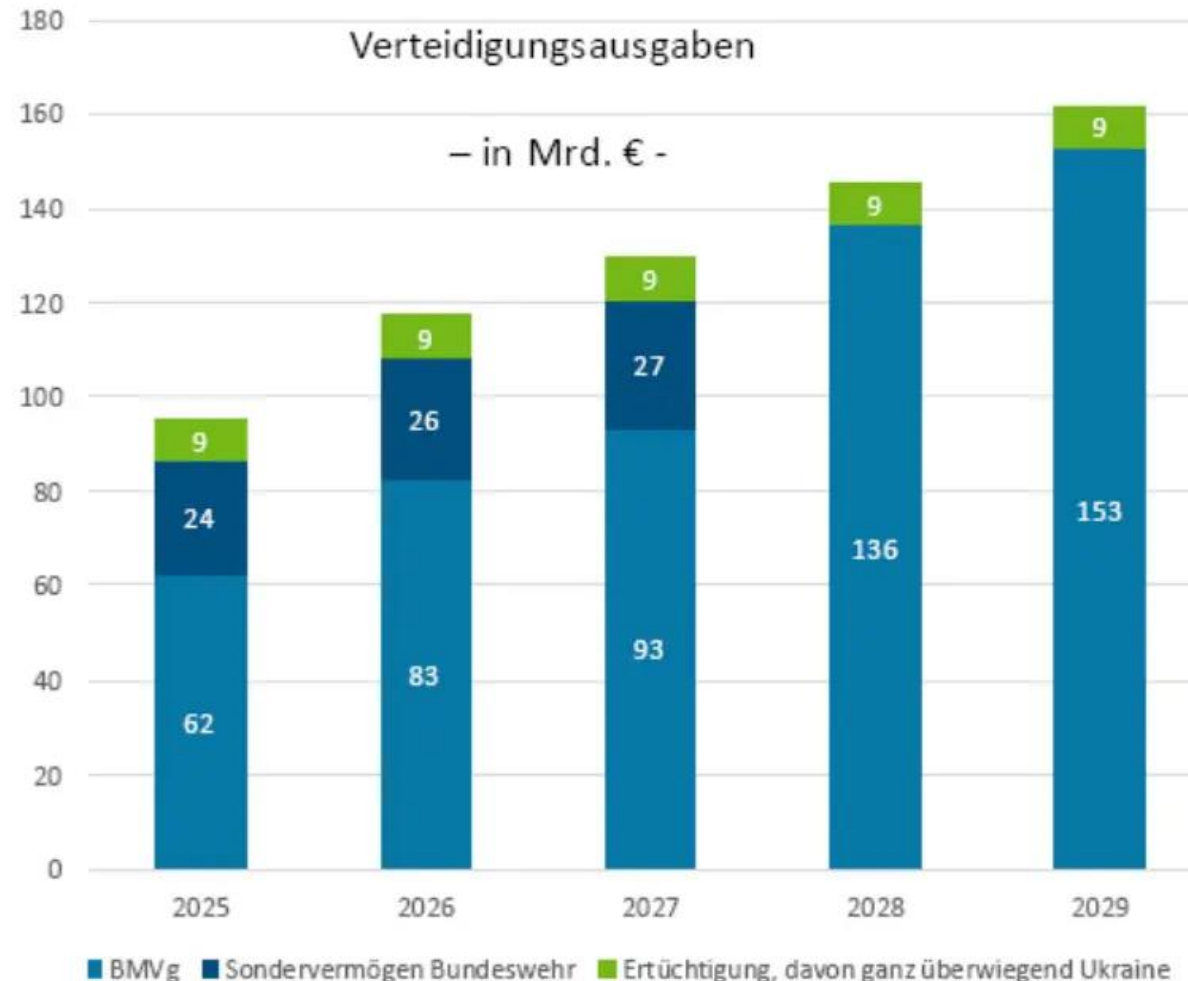
Finanzierung:

- 25% aus Haushalt
- 75% Verschuldung

Schuldenquote:

- 2025: 63%
- 2035: 92%

NB:
Rüstungsetat 2014: 35 Mrd. €



Bei einem bis 2035
angenommenem
Wachstum von 1% p.a. bei
konstanten Preisen von
2026 wären 5% des BIP
246,82 Mrd. €.

Davon direkt militärisch:
172,77 Mrd.
Für Infrastruktur:
74,05 Mrd.

Zahlen nach IWF Database

**Eine Vervielfachung
in einem Jahrzehnt!**

Beispiel: Zinsbelastung des Bundeshaushalts

Jahr	Zinsausgaben (Mrd. €)	Gesamtausgaben (Mrd. €)	Anteil Zinsen an Gesamtausgaben
2025	30,0	503,0	ca. 6,0 %
2026	38,5	519,5	ca. 7,4 %
2027	45,7	512,7	ca. 8,9 %
2028	52,5	550,4	ca. 9,5 %
2029	61,9	573,8	ca. 10,8 %

Konventionelle Kräfteverhältnisse NATO – Russland 2025

	NATO	RUS
Personal insg.	8.658.882	3.570.000
aktive Soldaten	3.439.197	1.320.000
Reserve	4.343.065	2.000.000
Paramilit. Truppen	876.620	250.000
Luftstreitkräfte		
Jagdflugzeuge	3.312	833
Erdkampfflugzeuge	1.163	689
Transportflugzeuge	1.479	456
Spezialflugzeuge (z.B. Aufklärung)	889	141
Tankflugzeuge	658	19
Hubschrauber	9.141	1.651

	NATO	RUS
Landstreitkräfte		
Kampfpanzer	11.495	5.750
gepanzerte Fahrzeuge	971.280	131.527
selbstfahrende Artillerie	3.985	5.168
geschleppte Artillerie	6.325	8.505
MLRS-Systeme	1.977	3.005
Seestreitkräfte		
Militärschiffe insg.	1.143	339
Flugzeugträger	16	1
Helikopterträger	14	0
Zerstörer	101	10
Fregatten	128	12
Korvetten	67	83
U-Boote	148	63

Mentale Militarisierung



**„Es ist an der Zeit,
eine Kriegsmentalität
anzunehmen.“**

NATO Generalsekretär Rutte



Überlegenheitsideologie

„Unsere Nation steht mitten in einer wichtigen, vielleicht entscheidenden Phase ihrer neueren Geschichte.

Die Ausstrahlungskraft dessen, was wir den freien Westen nennen, nimmt jedenfalls erkennbar ab.

Es versteht sich nicht mehr von selbst, dass die Welt sich an uns orientiert, dass man es unseren Werten der freiheitlichen Demokratie nachtut, dass wir die Möglichkeit haben, als Teil dieses freien Westens die Welt ein bisschen zum Besseren zu verändern. Neue Allianzen von Autokratien bilden sich gegen uns und greifen die liberale Demokratie als Lebensform an.

Unsere freiheitliche Lebensweise wird attackiert, nicht nur von außen, auch von innen.“

F. Merz, 3.10.2025

Gramsci:

*„In diesem Sinne könnte man sagen,
dass Staat = politische Gesellschaft +
Zivilgesellschaft, das heißt,
Hegemonie gepanzert mit Zwang.“*

Gefängnishefte 8, § 8



**Bellizismus soll als
hegemoniale Ideologie etabliert werden**

3.

**Die Folgen für Wirtschaft, Soziales ,
Demokratie**

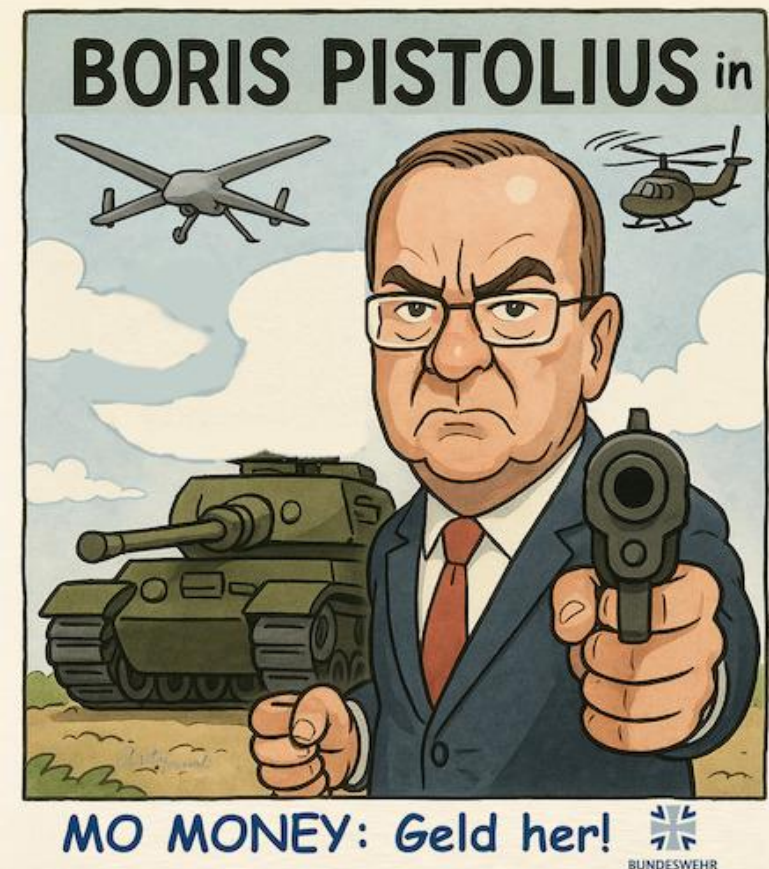
Kanonen statt Butter



„Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.“

„Unsere Sicherheit darf nicht durch haushaltspolitische Zwänge gefährdet werden. Bedrohungslage geht vor Kassenlage.“

Boris Pistorius



Soziales im Visier

- **Bürgergeld**

- Sanktionen, Vermittlungsvorrang, Vermögenskarenzzeit, Wohngeld

- **Rente**

- Finanzlücke 125 Mrd. p.a.;

- Kommissionsreport 2026; Rentenalter, Steuererhöhungen

- **Krankenversicherung**

- Finanzlücke 6,2 Mrd. - Kommissionsreport 2026/27;
Leistungskürzungen, Zuzahlungen

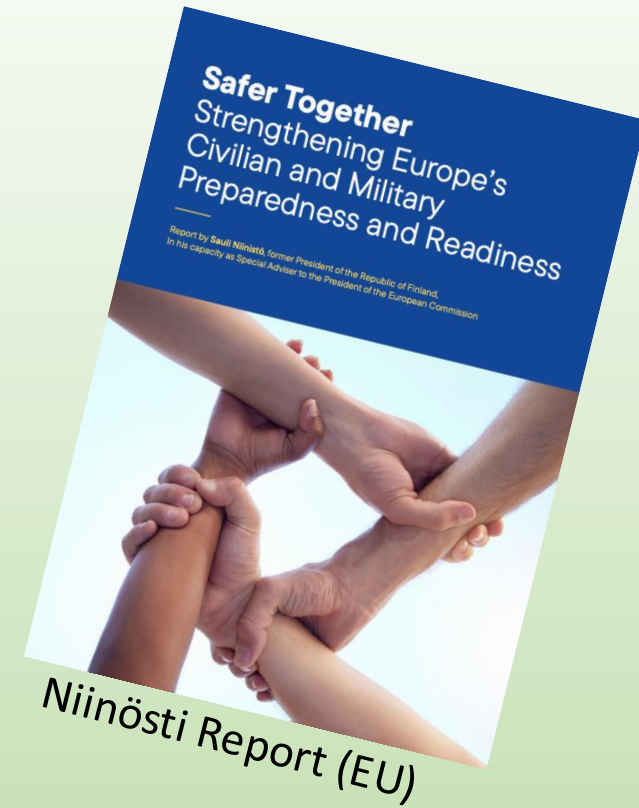
- **Pflegeversicherung** – Defizit 2024: 1,5 Mrd., Eigenanteil: 3.100 p.m.

- Kommissionsreport 2025; Beitrags- Steuererhöhung,
private Zusatzversicherung

- **Strukturbereinigung** – Wohngeld, Kindergeld, Bürgergeld

„Zivilschutz“

„Deutschland und seine Bevölkerung müssen wehrhafter und resilienter werden, um gegen Bedrohungen und Aggressoren gewappnet zu sein. Diese Herausforderungen können nicht rein militärisch, sie müssen gesamtgesellschaftlich gemeistert werden.“



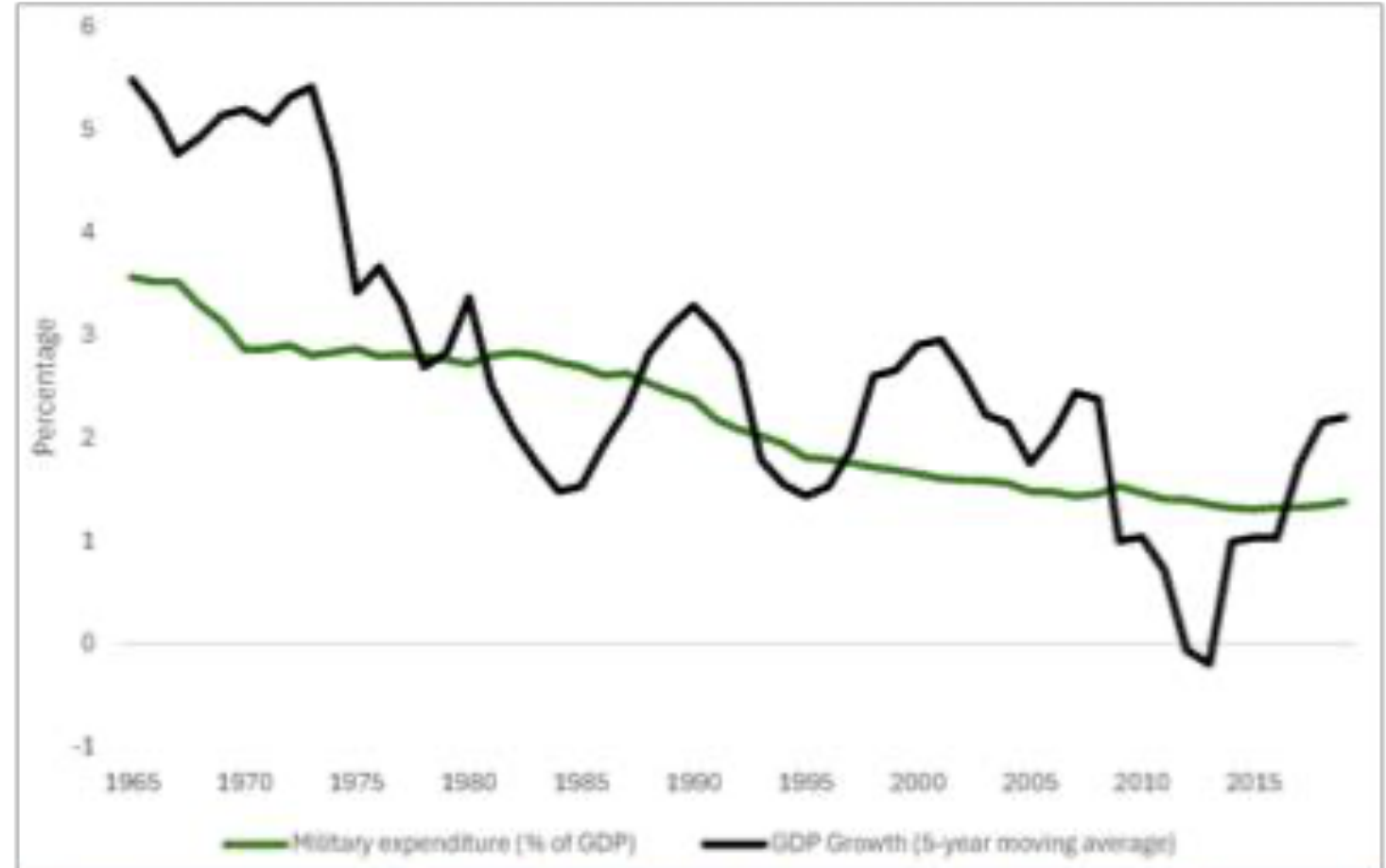
„Die maximale zivile Unterstützung ist beim OPLAN DEU ein entscheidender Faktor. ... abgestimmtes und zielgerichtetes Zusammenspiel auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. ...“

„Zivilschutz“ konkret

- **Kriegsszenario: Innerhalb von 3 bis 6 Monaten müssen 800.000 Soldaten von Nordseehäfen, Niederlanden, Belgien nach Osten gebracht werden.
Dazu ca. 200.000 Fahrzeuge, schweres Gerät, Panzer.
Eine Kolonne von etwa 13.000 km Länge.
Nötig sind: Verpflegung, Unterbringung, Parkplätze, Frischwasser, Müllentsorgung.“**
- **Man rechnet mit 1.000 Verwundeten pro Tag. Dazu Rettungskette nach Deutschland.
Die fünf Bundeswehrkrankenhäuser reichen nicht
Die Verwundeten kommen in zivile Krankenhäuser und werden bevorzugt behandelt.**
- **Geplant sind 12 „Heimatschutzregimenter“ — Einheiten von Reservisten zur
Sicherung von Infrastruktur — Verkehrswege, Sicherung des Lebensmittelbedarfs etc.**

Der MIK und seine pseudowissenschaftliche Rechtfertigung

„Nach einer vorsichtigen Schätzung wächst das gesamteuropäische BIP um 0,9 % bis 1,5 %, wenn die Verteidigungsausgaben von 2 % auf 3,5 % des BIP steigen.“



EU-Verteidigungsausgaben (% des BIP) und jährliches BIP-Wachstum (%; gleitender Durchschnitt)

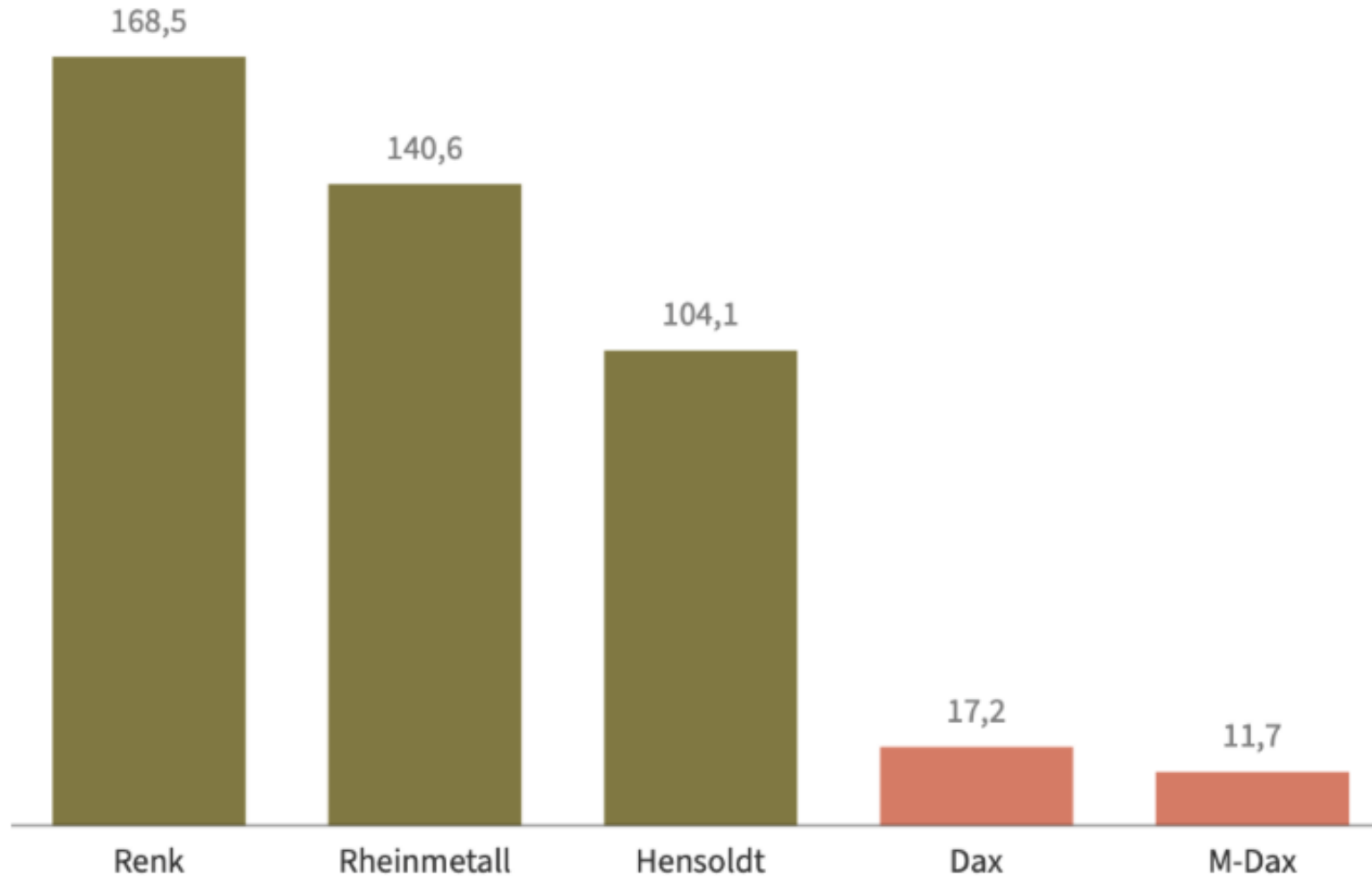
Quelle: Kiel Institut f. Weltwirtschaft.

Ilzetzi, Ethan: *Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben*, Februar 2025

Rüstungsprofite

Rüstungsaktien im Vergleich

Veränderung zum Jahresanfang, in Prozent



Quelle: Bloomberg / F.A.Z.-Grafik: kaho.

FAZ, 25.11.2025

Makroökonomische Effekte des Rüstungskeynesianismus

- **Verdrängungseffekt gegen zivile Produktion & ökologischen Umbau**
- **Militärische Verzerrung von Innovation bei Forschung**
- **Oligopolistische Marktmacht der Rüstungsindustrie - Extraprofite**
- **Erzeugung von strukturellen Pfadabhängigkeiten**
- **Schwächung der Gewerkschaften**
- **Inflationsrisiko**
- **Verschuldung**

Investition in zivile Produktion bringen weit höheren ökonomischen Effekt

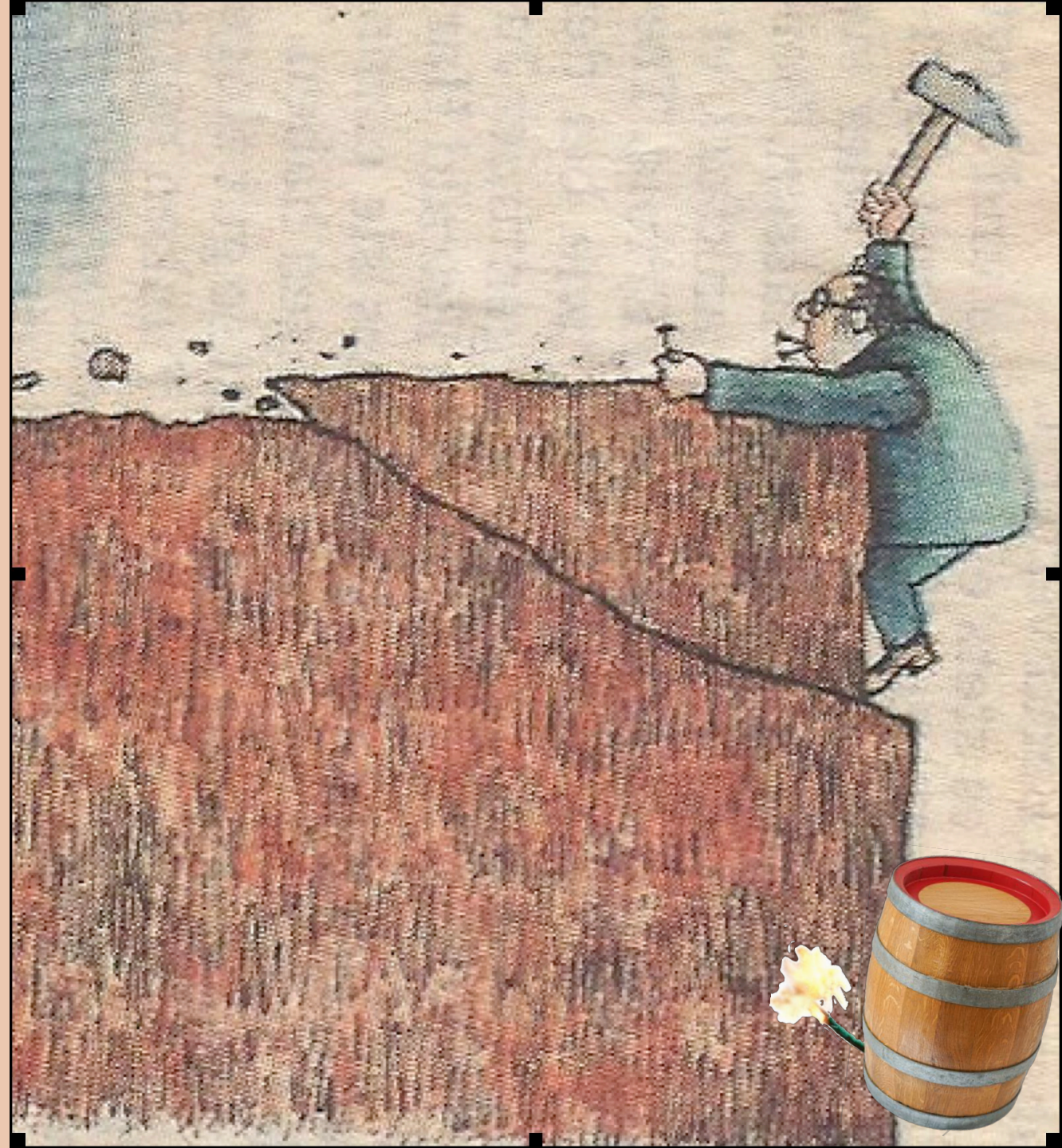


**Einmal produziert ist der Panzer totes Kapital
und verursacht enorme Unterhaltungskosten**



**Der Bagger produziert auch nach
Auslieferung Wertschöpfung**

**Erfolgsaussichten
des Rüstungs-
keynesianismus
für die Lösung der
strukturellen Probleme
von EU und D: s. Grafik**



4.

Gegenstrategien

Gegenpositionen

- Diplomatie, politische Konfliktlösung
- Kooperation, Friedliche Koexistenz
- Gleiche, ungeteilte Sicherheit
- Rüstungskontrolle, Abrüstung
- Abbau von Feindbildern



**Nur so gibt es Chancen auf die
Lösung der globalen Probleme**

Nächste Schritte:

1. Unterstützung für die Trump-Initiative
2. Kampagne gegen die Wehrpflicht
- 3.

Vielen Dank

für die

Aufmerksamkeit